

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN · CHEMIGRAPHEN · STEINLICHT-KUPFER-WACHSTUCH- U. TAPETENDRUCKER · UND VERWANDTEN BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zug.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorstraße 6.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27.1.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeaditz.
Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Belegten nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Zur Extraunterstützung an Ausgesteuerte.

Bezugnehmend auf die Veröffentlichung der ausgezahlten Extraunterstützungen in No. 49 und 50 der „Graph. Presse“ haben wir bekanntzugeben, daß der Hauptvorstand und Ausschuß nach reiflicher Prüfung zu dem Entschluß gekommen sind, mit Beginn der ersten Januarwoche n. J., also ab 3. Januar, eine Extrasteuer von 10 Pf. per Woche so lange zu erheben, wie die jetzige große Arbeitslosigkeit anhält. Noch ist kein Ende der schlechten Konjunktur zu sehen, eher deuten die Erscheinungen noch auf eine größere Arbeitslosigkeit hin, und sind wir der Meinung, daß unsere Mitglieder diese unschuldigen ausgesteuerten Opfer der großen Arbeitslosigkeit nicht ganz leer ausgehen lassen dürfen. In der Zeit solcher erheblicher Krisen, wo eine ganze Reihe unserer Mitglieder $\frac{1}{4}$ Jahr und länger arbeitslos ist, sind eben größere Opfer erforderlich. Auch in allen anderen Gewerkschaften ist das zu beobachten, vielfach in noch größerem Maße. Keines unserer Mitglieder ist sicher, von der Arbeitslosigkeit verschont zu bleiben, ja selbst sehr viele wurden arbeitslos, welche niemals solches erwarteten. Bei einem so hohen Stand dauernder Arbeitslosigkeit die jetzt schon regelmäßig gezahlte Extraunterstützung etwa aufheben zu wollen und diese Aermsten der Armen ihrem Elend zu überlassen, wird jedes Mitglied für unmöglich halten. Die Einrichtung der Extraunterstützung hat sich gut bewährt. Jetzt, wo einige Gewerkschaften wegen der großen Arbeitslosigkeit schon Extrasteuern erheben müssen, um die laufenden statistischen Unterstützungen zahlen zu können, wird sich sicher auch bei uns der schon so oft bewiesene Opfermut erneut zeigen und jedes Mitglied diese Extrasteuer von nur 10 Pf. wöchentlich in seinem eigenen Interesse gewiß gern bezahlen.

Bis zum 7. November sind nach dem detaillierten Bericht in der „Graph. Presse“ in Summa 28271 Mk. an Extraunterstützungen aus der Gewerkschaftskasse gezahlt worden und nach der jetzigen Uebersicht werden wöchentlich zirka 1500 Mk. gebraucht; voraussichtlich werden sich aber diese Summen

noch um einiges erhöhen. Solche kann aber unmöglich die Gewerkschaftskasse tragen, wenn wir nicht auf Ueberschuß für wirtschaftliche Kämpfe ganz verzichten wollen. Und das darf nicht sein! Die Krankenkasse ist, wie fast alle anderen Krankenkassen, ohnedies infolge der großen Arbeitslosigkeit stark in Mitleidenschaft gezogen.

Wir werden nun zur Erhebung dieser Extrasteuer veränderte Beitragsmarken herausgeben, und zwar werden die Einnahmen und die Ausgaben der Extraunterstützung dann von der „allgemeinen Unterstützungs-kasse“ geregelt. Sollte dann noch ein Zuschuß notwendig sein, so wird dieser von der Gewerkschaftskasse entnommen. Extraunterstützung erhalten **alle unsere als arbeitslos ausgesteuerten Mitglieder**. An der statistischen Arbeitslosenunterstützung sind aber alle unsere Vollmitglieder, alle 85 Pf. und auch alle 60 Pf. bei Krankengeldbezug zahlenden Mitglieder beteiligt. Mithin haben auch alle diese Mitglieder ab 3. Januar diese 10 Pf. Extrasteuer wöchentlich zu zahlen, und mit dem gleichen Recht haben dann auch alle diese Mitglieder, falls sie statutarisch mit der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert sind, auch den gleichen Anspruch auf diese Extraunterstützung. Alle anderen Mitglieder, sowie die vom Ausland zugereisten ausländischen Mitglieder, haben **keinen** Anspruch darauf.

Da nun mit dem 3. Januar 1909 und Beginn der Extrasteuer veränderte Marken herausgegeben werden, so bitten wir die Mitglieder **schon jetzt mit Nachdruck** auf die Zahlung aller Reste zu achten. Alle alten Marken werden nach dem 3. Januar eingezogen.

In der Erwartung, daß alleseitig unsere Mitglieder obigen Ausführungen genügend Verständnis entgegenbringen, zeichnen

Mit kollegialem Gruß

Der Ausschuß.

Der Hauptvorstand.

I. A.: R. Hickmann.

I. A.: Otto Sillier.

Lohnbewegungen.

Berlin. Die Firma Ernst Schneider, Unter den Linden 62/63, hat gemäß Vereinbarung den dort beschäftigten Retuscheuren (Portrait-Photographen) die Bezahlung der Ueberstunden, **auch der vier zur Arbeit gesetzlich freigegebenen Sonntage vor Weihnachten, mit 25 Proz. Aufschlag** zugestanden. Die Firma hat sich außerdem bereit erklärt, bei eintretenden Differenzen mit den Kollegen stets mit dem Verband verhandeln zu wollen.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den **Verlust der Mitgliedschaft** nach sich.

Für Lithographen und Steindruck:
Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.

Firma Angerer (für Kupferdrucker).

Für Chemigrappen:

Berlin. Bandouin; Cleppin & Geldermann; Edm. Gaillard; Graphische Gesellschaft; W. Oreve; Orützmacher; Paul Schahl, Illustrations-Zentrale; Thedran & Kraushaar.

Chemnitz. A. Jällich; Köhler & Richter Dresden. Mittelbach; C. Schimmel. Dresden u. Leipzig. Mejo & Markert Stuttgart. Gebr. Rößle. **Wernigerode i. H.**

Im Ausland:

Belgien: Brüssel. I. L. Goffarth, (Lith. u. Steindr.). — Etablissements Gene raux d'Imprimerie.

Verviers. (Lith. u. Steindr.).

England: London. Firma Lowe & Brydone, Windmill street Tottenham Court Road, London, (für Noten drucker.)

Frankreich: Lyon. (Kupferdr.)

Holland: Krommenie. Verwer's Vermissen Metaaldruckery (Lithogr. und Steindr.).

Rotterdam. Firma Modern (Chemig.).

Haarlem. Firma Polygraph (Chemigr.).

Oesterreich: Graz, Triest.

Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg (wegen Tarifbewegung).

Schweden: Streichholzfabrik, A.-G.

Vulkan in Tidaholm.

Stockholm: Tapetendruckerei A.-O.

C. A. Käbergs.

Inhalt:

Hauptblatt: Bekanntmachungen — Die gewerkschaftlichen Kämpfe im Jahre 1907. — Rundschau. — Soziale Rundschau. — Die materialistische Geschichtsauffassung. — Vermischtes. — Anzeigen.

Beilage: Allgemeines: Die Extraunterstützung an Ausgesteuerte. Ortsberichte: Dresden, Hanau, Leipzig. — **Der Lithograph:** Die Letzten. — **Die photomech. Fächer:** Das Recht auf Existenz. — **Photograph. Mitarbeiter:** Aus den Sektionen: Berlin. **Die Tapetenbranche:** Der Außenhandel in Tapeten und Linoleum. Aus den Sektionen: Köln.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe im Jahre 1907.

In No. 32 der „Graph. Presse“ brachten wir eine Abhandlung über die **Lohnbewegungen und -Kämpfe im Jahre 1907**, in der wir das in der fünften statistischen Beilage zum Korrespondenzblatt enthaltene umfassende Zahlenmaterial über dieses Thema auszugsweise wiedergaben und besprachen. Die statistische Beilage No. 7 enthält nun auf ihren 20 Quartseiten eine ausführliche Bearbeitung der gewerkschaftlichen Kämpfe des Vorjahres (unter Außerachtlassung der friedlich verlaufenden Lohnbewegungen) aus der Feder von C. Herrmann, durch die die ersterwähnte Statistik, die von Brunner bearbeitet worden war, in bezug auf die Angaben über die Kämpfe wesentlich ergänzt und erweitert wird. Es wird sich infolge-

dessen verlohnen, auch diese Arbeit im Auszug wiederzugeben und zu besprechen, wobei jedoch von vornherein betont werden muß, daß man ein vollständiges Bild von der gewerkschaftlichen Arbeit zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse im Jahre 1907 nur durch die **gemeinsame** Betrachtung der mit und ohne Kampf zum Abschluß gebrachten Lohnbewegungen gewinnen kann. Die **gesonderte** Behandlung der Lohnbewegungen, die einen Kampf zur Folge hatten, kann nur zur Ergänzung dieser gemeinsamen Betrachtung dienen.

Die **Zahl der Streiks und Aussperrungen** — die von der in der allgemeinen Lohnbewegungsstatistik genannten Zahl etwas differiert, weil dort im Gegensatz zur vorliegenden Arbeit jeder Kampf so viel mal gerechnet wurde, wie Verbände an ihm beteiligt waren — ist von 3480 im Jahre 1906 auf 2792 im Jahre 1907, also um 688 oder 19,8 Proz. zurückgegangen. Dazu bemerkt der Statistiker: »Man wird leicht geneigt sein, die Abnahme der Kämpfe auf das Konto der im Laufe des Jahres 1907 eingetretenen wirtschaftlichen Depression zu setzen, doch ist eine solche Folgerung nur mit Vorsicht zu ziehen. Es darf zunächst nicht außer acht gelassen werden, daß das Jahr 1906, als ein Jahr der Hochkonjunktur und ständig

steigender Lebensmittelpreise, eine außerordentlich hohe Zahl von Lohnbewegungen aufwies, die naturgemäß in einer verhältnismäßig größeren Anzahl wirtschaftlicher Kämpfe ausliefen. Trotz der starken Abnahme der Kämpfe überragt das Ergebnis des Jahres 1907 doch noch bei weitem das des Jahres 1905, in welchem 2323 Kämpfe stattfanden. Es ist deshalb weit gefehlt, auf Grund der Abnahme der Kämpfe gegen das Vorjahr, auf eine Beeinträchtigung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften, verursacht durch den wirtschaftlichen Niedergang, zu schließen, wie es seitens der Unternehmer bereits geschehen ist.

Die **Zahl der an den Kämpfen beteiligten Personen** betrug 1907 281030; sie verminderte sich gegen 1906 um 35012 oder 11,1 Proz., also nicht im gleichen Verhältnis wie die Kämpfe. 1906 kamen durchschnittlich auf jeden Kampf 91, 1907 aber 101 Beteiligte. Die Gesamtsumme der Streikausgaben der Gewerkschaften fiel von 13297862 Mk. im Jahre 1906 auf 12364082 Mk. im Jahre 1907, also um 933780 Mk., während der Durchschnittsanteil eines Streikenden an der Unterstützung in derselben Zeit von 42,08 auf 43,99 Mk. stieg. Rund 97,9 Proz. der Gesamtausgaben flossen aus den eigenen Kassen der Gewerkschaften, das ist seit 1890 der höchste Prozent-

satz und ein glänzender Beweis für die gesteigerte Leistungsfähigkeit unserer Organisationen.

Von den 2792 Kämpfen waren 1635 oder 58,6 Proz. *Angriffstreiks*, 834 oder 29,9 Proz. *Abwehrstreiks* und 323 oder 11,5 Proz. *Aussperrungen*; das Verhältnis ist im Vergleich zu 1906 fast dasselbe geblieben. Dagegen war das Ergebnis etwas ungünstiger. Es endeten erfolgreich 1907: 1337 Kämpfe = 47,9 Proz., 1906 jedoch 53,8 Proz., teilweise erfolgreich 1907: 687 Kämpfe = 24,6 Proz., 1906: 21 Proz., erfolglos 1907: 614 Kämpfe = 22 Proz., 1906: 21 Prozent. Am 1. Januar waren 84 Kämpfe noch nicht beendet und von 70 blieb das Ergebnis unbekannt. Trotz des ungünstigeren Resultats des Jahres 1907 gegenüber dem Jahre 1906 entspricht es immerhin noch dem Durchschnittsresultat der bisherigen 17 Berichtsjahre, in denen 48,5 Proz. aller Kämpfe mit vollem, 22,1 Proz. mit teilweisem und 23,4 Proz. ohne Erfolg endeten. Den größten Anteil an den Kämpfen des Vorjahres hatte wiederum das Baugewerbe mit 1011 Kämpfen und 81248 Beteiligten, den niedrigsten jedoch das graphische Gewerbe und die Papierindustrie mit 88 Kämpfen und 1827 Beteiligten. Letzteres blieb auch in bezug auf das Resultat der Kämpfe, von denen nur 33 Proz. mit vollem oder teilweisem Erfolg beendet wurden, weit hinter dem Durchschnitt zurück. Bei 274052 oder 97,5 Proz. an den Kämpfen beteiligten Personen konnte der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall an Verdienst festgestellt werden; er betrug 4922467 Tage resp. 21527862 Mk.

An dem ungünstigeren Resultat der Kämpfe des Jahres 1907 gegen die des Jahres 1906 haben besonders die 1635 *Angriffstreiks* einen erheblichen Anteil, von denen 830 = 51,7 Proz. (1906: 55,7 Proz.) mit vollem, 472 = 29,4 Proz. (1906: 26,7 Proz.) mit teilweisem und 257 = 16 Proz. (1906: 15,9 Proz.) ohne Erfolg endeten. Am Jahreschluß waren 30 *Angriffstreiks* noch nicht beendet, und von 46 blieb das Ergebnis unbekannt. Von den an den *Angriffstreiks* beteiligten 142944 Personen hatten 51344 oder 35,9 Proz. vollen und 53006 oder 37,1 Proz. teilweisen Erfolg. Am günstigsten wurden die *Streiks* um Lohn-erhöhungen beendet, von denen 53,4 Proz. mit vollem Erfolg endeten, an dem 35,3 Proz. der beteiligten Personen Anteil hatten. Von den *Streiks* um Arbeitszeitverkürzung und Lohn-erhöhung endeten nur 49,4 Proz. mit vollem Erfolg; dagegen war die Zahl der an ihm Beteiligten höher: sie betrug 38,8 Proz. Am ungünstigsten war das Verhältnis bei den *Streiks* um Verkürzung der Arbeitszeit, von denen nur 42,9 Proz. mit vollem Erfolg endeten, an welchem wieder nur 13,6 Proz. der Beteiligten Anteil hatten. »Steht das Ergebnis der *Angriffstreiks* von 1907«, schreibt der Statistiker, »auch hinter dem des Jahres 1906 zurück, so überträgt es immerhin noch das Jahr 1905, nur das Verhältnis der mit vollem Erfolg beendeten *Streiks* ist ungünstiger, dagegen ist der Prozentsatz der am vollen Erfolg beteiligten Personen ein höherer«.

Das Kapitel über die *Abwehrstreiks* leitet der Statistiker durch folgende zutreffenden Ausführungen ein: »Die mehr oder weniger günstigen Resultate bei *Abwehrstreiks* können nicht, wie bei den *Angriffstreiks*, von dem Standpunkt der positiven Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beurteilt werden. Handelt es sich doch bei den *Abwehrstreiks* um das äußerste Mittel der Arbeiter, von den Unternehmern ihnen zugemutete Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuwehren. Es können deshalb bei den *Abwehrstreiks* die günstigsten Resultate für die Arbeiter nur im bedingten Sinne als Erfolge angesprochen werden«. An den 834 *Abwehrkämpfen* waren 33348 Personen beteiligt. Es endeten 412 oder 51,6 Proz. mit vollem Erfolg, an dem 16455 Personen — 49,3 Proz. Anteil hatten, 106 oder 13,3 Proz. mit teilweisem Erfolg, an welchem 5466 oder 16,4 Proz. Personen beteiligt waren, und 266 oder 33,3 Proz. völlig

erfolglos. 35 *Abwehrstreiks* waren am Jahreschluß noch nicht beendet und von 15 blieb das Resultat unbekannt. Die *Abwehrkämpfe* mußten in der Hauptsache gegen versuchte Lohnreduzierungen, sodann wegen Nichteinhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, ferner gegen schlechte Behandlung der Arbeiter oder gegen das Verlangen auf Austritt aus der Organisation und endlich gegen die Einführung verschlechterter Fabrikordnungen geführt werden. Der Statistiker kommt in bezug auf das Resultat der *Abwehrkämpfe* des Jahres 1907 zu dem Schluß, daß es zwar in der Anzahl der mit vollem Erfolg beendeten Kämpfe hinter den Vorjahren zurücksteht, daß aber der Prozentsatz der am vollen Erfolg partizipierenden Personen höher ist wie 1906. »Das gleiche Verhältnis trifft auch zu für die Beteiligten, welche durch die Kämpfe einen teilweisen Erfolg zu verzeichnen hatten«.

Das prozentuale Verhältnis der *Aussperrungen* zu den gesamten Arbeitskämpfen hat sich gegen 1906 nur wenig geändert. Es sank von 12,1 auf 11,5 Proz. Die Gesamtzahl der *Aussperrungen* verminderte sich von 421 im Jahre 1906 auf 323 im Jahre 1907, also um 98. Dagegen stieg die Zahl der von den *Aussperrungen* betroffenen Personen in derselben Zeit von 93356 auf 104738, also um 11382! Während 1906 auf jede *Aussperrung* durchschnittlich nur 222 Beteiligte kamen, waren es 1907 324! Die größte Zahl der *Aussperrungen*, nämlich 113 oder 35 Proz., wurde verhängt wegen Differenzen über Lohnhöhe und Arbeitszeit. In 41 Fällen sperrten die Unternehmer aus zur Entkräftung von *Angriffstreiks*, in 13 Fällen von *Abwehrstreiks*. Durch 35 *Aussperrungen* suchte man den Arbeitern das Koalitionsrecht zu rauben, und 25 *Aussperrungen* wurden wegen der Feier des 1. Mai verhängt. 95 *Aussperrungen* oder 31,2 Proz. endeten mit vollem Erfolg, an welchem 19227 Personen oder 18,4 Proz. aller *Aussperrungen* beteiligt waren; 109 *Aussperrungen* = 35,9 Proz. mit 46196 Beteiligten = 44,1 Proz. wurden mit teilweisem Erfolg beendet. Gerade der vorhin erwähnte Umstand, daß der größte Teil der *Aussperrungen* nicht im Verlauf eines *Streiks*, sondern wegen Lohn- und Arbeitszeitdifferenzen verhängt wurde, ohne daß die Arbeiter zu ihrer Austragung den *Streik* als letztes Mittel angewendet hätten, zeigt die ganze frivole Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums. Diese wird außerdem noch durch die Tatsache illustriert, daß von den gesamten Ausgaben für gewerkschaftliche Kämpfe in den letzten 8 Jahren allein 37,4 Proz., nämlich 20516948 Mk., zur Abwehr von *Aussperrungen* aufgewendet werden mußten! Jeder, der die Statistik aufmerksam studiert, wird daher folgenden wahren Worten beipflichten müssen, mit denen der Statistiker seine lehrreiche Abhandlung schließt: »Seitens der Unternehmer wird die alljährlich wiederkehrende rücksichtslose Brotlosmachung von Tausenden von Arbeitern durch das Mittel der *Aussperrung* als ein Korrelat gegenüber dem den Arbeitern gewährten Koalitions- und Streikrecht angesehen und in diesem Sinne verteidigt. Wir wollen uns auf eine Erörterung dieser Anschauung nicht einlassen. Es ist aber bezeichnend, daß das Unternehmertum, welches so häufig — bei passender und unpassender Gelegenheit — sein »Wohlwollen« für die Arbeiter glaubt hervorheben zu müssen, rücksichtslos Arbeiter aussperrt, die an irgendwelchen Arbeitskonflikten gar nicht beteiligt sind, und zwar lediglich nur zu dem Zweck, um die Gewerkschaftsorganisation, welche bei einem Arbeitskampf gerade in Betracht kommt, schwächen und widerstandsunfähig machen zu können. Ein solches Vorgehen findet in der gewerkschaftlichen Taktik kein Gegenstück. Hier beschränkt man sich nur darauf, den Kampf durch Arbeitsniederlegung gegen diejenigen Unternehmer zu führen, die an einem Arbeitskonflikt unmittelbar beteiligt sind. Soviel steht jedoch fest: Die nun schon jahrelang betriebene *Aussperrungsmanie* des Unternehmertums zur Niederdrückung der Arbeiter und Zertrümmerung ihrer Organisationen hat ihren Zweck vollständig ver-

fehlt. Das Fiasko dieser Unternehmertaktik tritt immer greifbarer zutage. Wohl war es möglich, die Arbeiterschaft durch dieses Mittel bei einzelnen Kämpfen in ihrem Erfolg zu beeinträchtigen, aber der Arbeiterschaft im allgemeinen ist durch das Mittel der *Aussperrungen* in ihrem Aufwärtsstreben kein Abbruch geschehen, und am allerwenigsten war es möglich, die Gewerkschaften zu zertrümmern oder in der Entwicklung zu hemmen. Im Gegenteil, man kann annehmen, daß die *Aussperrungen* das Klassenbewußtsein der Arbeiter gestärkt und förderlich auf die Entwicklung der Gewerkschaften hingewirkt haben. Das völlige Versagen des Mittels der *Aussperrungen* der Arbeiterbewegung gegenüber scheint nunmehr selbst dem *aussperrungswütigen* Unternehmertum klar zu werden. Die durch geheucheltes Wohlwollen für das »Wohl-ergehen der Arbeiter« und durch »sanfte Einwirkung« auf abhängige oder willenlose Arbeiter seitens der Unternehmer zusammengebrachte gelbe Schutztruppe soll nun anscheinend das bezwecken, was man von den *Aussperrungen* vergeblich erhoffte. Eitle Hoffnung! — Auch dieser Wahn wird verrinnen vor dem unaufhaltsamen, ehernen Entwicklungsgang der modernen Arbeiterbewegung«.

Rundschau.

Einen Kongreß d. Tabakarbeiter Deutschlands beruft die »Zentralkommission der Tabakarbeiter für Montag, den 18. Januar 1909, morgens 9 Uhr, nach Berlin ein. Aus dem Aufruf sei folgendes hervorgehoben: »Der Kuhhandel beginnt! Der Reichstag hat in einer siebentägigen Debatte über die neue Reichsfinanzreform verhandelt. Bei der Revue über die einzelnen Steuerprojekte dieser Reform schien es klar zutage zu treten, daß das Zigarren-Banderolesteuerprojekt bei den verschiedensten Parteien, vielleicht mit Ausnahme der Konservativen, keine Zustimmung erlangen würde. Das Banderolesteuergesetz dürfte wohl als gefallen zu betrachten sein. Selbst aber, wenn dies Wahrheit werden sollte, dürfen die Tabakarbeiter Deutschlands (und mit ihnen unsere Kollegen! D. R.) sich nicht trügerischen Hoffnungen hingeben, denn an Stelle des gefallenen Projekts treten sofort einige neue andere, welche aber immer und immer wieder die von dem Tabak zu erzielende Mehreinnahme von 70 bis 80 Millionen und möglichst auch noch darüber hinaus zu bringen haben. Als solche neue Projekte sind von verschiedenen Parteien in Anregung gebracht: Zollerhöhung von 85 auf 150 Mk. pro Doppelzentner. Ebenso auch eine Erhöhung der Inlandsteuer. Als drittes Projekt ist eine Rohtabak-Versteuerung vorgeschlagen worden. Mag dieses oder jenes Projekt auf der Bildfläche erscheinen, wir müssen immer wieder das Gesagte wiederholen: Mag die neue Belastung des Tabaks einen Namen tragen, welchen sie wolle, wir haben uns gegen jede neue Belastung zu wenden. Die Form derselben ist gleichgültig; die Wirkung auf unseren hungrigen Magen bleibt dieselbe. Die Regierung sucht trotz des eingeleiteten Kuhhandels die Banderolesteuer durchzudrücken, um so mehr, als sie durch Festhaltung an diesem Projekt die Kuhhändler zu größeren Zugeständnissen respektive Bewilligungen und eventuell in andere Formen zu drängen glaubt.

An die Tabakarbeiter Deutschlands richten wir die energische Aufforderung, an allen den Orten, wo die Agitation bis jetzt sehr wenig oder gar zu schwach betrieben worden ist, sich aufzurufen, um mit uns vereint auch gegen die ferneren Projekte zu opponieren, damit dieselben um so sicherer zu Falle gebracht werden können. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Gefahr heute größer ist wie je zuvor. Mit dieser größeren Gefahr muß unsere Arbeit, unsere Ausdauer in der Agitation gegen diese Vergewaltigung, den Ruin unserer Industrie bis zur höchsten Potenz gesteigert werden. Den letzten Tabakarbeitern und Tabakarbeiterinnen bis in die dunkelsten Winkel hinein muß es klar gemacht werden, was auf dem Spiele steht und wo ihr Platz ist. Jeder muß ein Agitator sein. An allen Orten, wo noch bis jetzt keine *Protestversammlungen* stattgefunden haben, ist dieses *schleunigst nachzuholen* . . .

Der Reichstag hat die Reichsfinanzreformvorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern übertragen, welche wahrscheinlich am Freitag, den 11. Dezember d. J., mit dem Reichstag in die Weihnachtsferien geht, die bis zum 12. Januar 1909 dauern.

Kollegen! Diese Zeit müßt ihr noch tüchtig zur Agitation und zur Abwehr des uns drohenden Ruins ausnutzen.

Wir schließen uns diesem Appell an die Arbeiterschaft vollständig an und fordern unsere Kollegen wiederholt auf, mit den Tabakarbeitern gemeinsam machtvoll gegen die Erddrosselsteuer zu protestieren. Die Wirkungen der Steuer auf unser Gewerbe sind schon mehrfach hervorgehoben worden. Es genügt daher, wenn wir heute zusammenfassend

wiederholen: sie würden vernichtend sein! Unsere Organisation wird durch ihre Vertreter auf dem Tabakarbeiterkongreß diese Tatsache unzweideutig zum Ausdruck bringen!

Wie die Vertreter der herrschenden Klassen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit denken, zeigt die Antwort des Regierungsvertreters auf die von den Sozialdemokraten im Meiniger Landtage eingebrachte Interpellation: »Was gedenkt die Herzogliche Staatsregierung angesichts der immer mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit zu tun?« Staatsrat Schaller antwortete auf die Begründung der Interpellation mit einer Rede, die er wie folgt einleitete: »Der Vorredner sagt, daß Staat und Regierung die Verpflichtung habe, bei solchen Anlässen einzugreifen. Diese Verpflichtung besteht nicht, denn dann müßten in guten Zeiten auch Verpflichtungen seitens der Arbeiter da sein. (Abg. Seige ruft: Ist da! Steuern zahlen!) Steuern zahlen viele überhaupt nicht und das Wenige geht für Maßnahmen des Staates auf. Es fehlen also seitens der Arbeiter die Gegenleistungen!« Der Abgeordnete Genosse Hofmann, der nach diesem Herrn zum Wort kam, hat Recht: es fehlt der parlamentarische Ausdruck zur Charakterisierung derartiger unerhörter — sagen wir Unverfrorenheiten. Schnoddriger kann die soziale Rückständigkeit unserer »Regierenden« nicht zum Ausdruck gebracht werden. In einem Arbeiterblatt kritisch darauf zuzugehen, erübrigt sich; es genügt, das Gesagte niedriger zu hängen.

Das mahnende Gewissen im preußischen Dreiklassenparlament, die kleine sozialdemokratische Fraktion, hat durch die Kritik im Landtage eine Erweiterung der Arbeitslosenfürsorge veranlaßt. Die preußischen Minister des Handels und des Innern haben die ihnen unterstellten Behörden angewiesen, schleunigst Vorkehrungen zur Milderung der Arbeitslosigkeit zu treffen. In erster Linie sollen die staatlichen Betriebe in vollem Umfange aufrecht erhalten werden, sonstige Arbeiten sind sofort in Angriff zu nehmen, und zwar auch solche, die noch nicht beschlossen, aber bestimmt in Aussicht genommen sind. Soweit als möglich, sollen der Industrie Aufträge zugewiesen werden, um auch dort Arbeiterentlassungen nach Möglichkeit zu verhüten.

Verschlechterung der Arbeitsgelegenheit, Steigerung der Brotpreise. Die vom Statistischen Amt der Stadt Berlin regelmäßig angestellten Ermittlungen des Brotpreises haben ergeben, daß das Kilogramm Roggenbrot durchschnittlich kostete: im Jahre 1905 24¹⁰/₁₀ Pf., im Jahre 1906 27¹⁰/₁₀ Pf. und im Jahre 1907 30¹⁰/₁₀ Pf. d. i. im Jahresdurchschnitt gerechnet. Im Juli 1907 kostete ein Kilogramm Brot in Berlin 30¹⁰/₁₀ Pf., im Juli 1908 aber 32 Pf. In Danzig 20 bezw. 30 Pf. im gleichen Zeitraum. In Dresden stieg der Brotpreis von 21 auf 24 Pf., in Stuttgart von 24 auf 27 Pf., in München von 34 auf 40 Pf. Ueberall sind starke Preiserhöhungen eingetreten; in kleinen Städten und Dörfern ebenso wie in Industriezentren und Großstädten. Eine Folge der unsinnigen Zollpolitik in Preußen-Deutschland.

Die Verwaltung der Zeche Radbod erklärt in der »Post«, die Strafgeelder der Verunglückten niedergeschlagen zu haben. Zur Entschuldigung dafür, daß sie den Hinterbliebenen vom letzten Lohne zunächst tatsächlich abgezogen wurden, wird angeführt, die Abrechnungen seien am Tage des Unglücks bereits fertiggestellt gewesen! Dieses Verlegenheitsgestammel ist lächerlich. Es kann die auch von uns in der vorigen Nummer berichtete Handlungsweise nicht aus der Welt schaffen.

Graphische Produktivgenossenschaften in Frankreich gibt es unter den 414 von Arbeitern ins Leben gerufenen Produktivgenossenschaften 68. 54 sind Druckereien, 3 Lithographien, 3 Kartonagenbetriebe. Die anderen Fächer (Gravure, Photographen, Buchdrucker usw.) sind nur je einmal vertreten.

Drohende Zollerhöhung in Amerika. Aus den Vereinigten Staaten in letzter Zeit schon öfters Berichte, daß unter den Industriellen des Lithographiegewerbes eine starke Gruppe von Leuten sei, die für eine Erhöhung des Einfuhrzollens auf lithographische Produkte Propaganda machte. Jetzt sind die Dinge so weit gediehen, daß in Washington Verhandlungen mit den Vertretern der Industrie stattfinden. Eigentümlich berührt es, daß die amerikanischen Handelsblätter, die deutsche Interessen vertreten, darüber klagen, daß die deutschen Industriellen sich sehr wenig Mühe geben, Vertreter ihrer Interessen tätig sein zu lassen. Die Gegner der Schutzollreduktion sind vollzählig am Platze; während der ersten Verhandlungswoche waren alle, die zu Worte kamen, mit einer einzigen Ausnahme für eine Zollerhöhung! Die Vertreter der amerikanischen lithographischen Industrie forderten eine Erhöhung der Einfuhrzölle um rund 75 Prozent. Besonders interessant sind ihre Begründungen. So hat man nachgewiesen, daß in Deutschland die Löhne der Arbeiter nur ein Drittel der Summe betragen, als die derselben Berufe der eigenen Industrie. Als Material zum Nachweise dieser Schmutzkonkurrenz benutzte man die Lohnziffern der Krankenkassen! Wo bleiben da die Herren Unternehmer, wo bleibt der »Schutz«-Verband deutscher Steindruckereibesitzer, die doch in Amerika einen ihrer größten Abnehmer haben? Allerdings, das werden sie nicht nachweisen können,

daß die deutschen Löhne den amerikanischen gleich sind, wenn auch der amerikanische Steindruckereie eine größere Auflage pro Tag leisten muß; es bleibt aber zu beachten, daß die deutsche Arbeit anerkannt bessere Qualität hat. Ganz gleich, wie nun die Dinge in dieser Sache liegen, auf jeden Fall ist es jetzt die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der deutschen Unternehmer, insbesondere der Unternehmerorganisation, die den »Schutz des Gewerbes« als ihre Firma nennt, daß in Amerika Interessenvertreter mobil gemacht werden, und zwar sehr schnell, denn Eile tut dringend not. Warnung ist schon genügend da. Es braucht nur an die Abziehbilder erinnert zu werden. Als da vor einiger Zeit eine Interessengruppe die Steigerung des Einfuhrzollens auf diese lithographischen Produkte forderte, wurde gar nicht erst lange beraten, man machte sich auch nicht die große Mühe, den Zollsatz zu ändern, es wurden die Abziehbilder einfach in eine andere Klasse versetzt, umklassifiziert. Die Folge war, daß heute die Einfuhr nach Amerika fast ganz aufgehört hat.

Soziale Rundschau.

Von Karl Möbinger.

In unseren Unterrichtsartikeln haben wir zuletzt kennen gelernt, wie die Unfallrente berechnet wird. Anzuführen ist nun einiges über die **Angehörigenrente**. Im Falle der Tötung eines Arbeiters durch Unfall haben dessen Angehörige (Frau und Kinder) Anspruch auf **Sterbegeld und Hinterbliebenenrente**. Die Rente wird nur dann gewährt, wenn nachweisbar die Unfallfolgen den Tod verursacht oder das Ableben des Verletzten wesentlich beschleunigt haben. In den ersten Artikeln haben wir bereits gesehen, wie selbst geringfügige Ursachen den Anlaß zum Tode geben. Voraussetzung ist immer, daß der Tod des Verletzten in Verbindung mit einem Betriebsunfall steht. Als Angehörigenrente wird gewährt für die **Witwe das Hinterbliebenen und die lebenden Kinder unter 15 Jahren eine Rente von je 20% des Jahresarbeitsverdienstes**. Die Renten dürfen zusammen höchstens 60% des Jahresarbeitsverdienstes betragen. Hat der Getötete also eine Witwe mit zwei Kindern unter 15 Jahren hinterlassen, dann beträgt die Rente 60% von seinem Jahresarbeitsverdienst betrug dieser Verdienst z. B. 1500 Mk., so beträgt die gesamte Jahresrente 900 Mk. Sind mehrere Kinder vorhanden, so verteilt sich die Rente prozentual je nach der Kinderzahl, z. B. bei 5 Kindern fällt auf jedes Kind und die Witwe eine Rente von 10% (zusammen 60%). Sobald ein Kind über 15 Jahre alt wird, fällt dessen Rententeil weg. Solange aber noch zwei Kinder unter 15 Jahren vorhanden sind, beträgt deren und der Witwe Rente stets zusammen 60%; die Rente wird dann eben prozentual umgerechnet. Im Falle der **Widerverheiratung** der Witwe werden derselben 60% des Jahresarbeitsverdienstes als **Abfindung** gewährt. Die Renten der Kinder gehen bis zu deren 15. Jahre weiter. **Abfindung von Renten** ist in anderen Fällen nur statthaft, wenn die Rente 15% oder weniger beträgt.

Der **Unfallzuschuß** ist mit dem Beginn der **fünften** Woche nach dem Unfälle zu leisten. Er wird berechnet nicht nach dem Lohne, sondern nach dem Satze, der der Berechnung des Krankengeldes zugrunde liegt (**ortsüblicher Lohnsatz**). Der Unfallzuschuß hat das Krankengeld auf einen Betrag von **zwei Drittel** des der Berechnung desselben zugrunde liegenden Lohnbetrages zu erhöhen. Ist z. B. in der I. Klasse der Krankenkasse, in der ich versichert bin, ein Lohnsatz von 4,50 Mk. angenommen, so muß demnach Krankengeld und Unfallzuschuß den Betrag von $\frac{2}{3}$ von 4,50 Mk. oder 3 Mk. pro Tag erreichen. Ist der Lohnsatz mit 3 Mk. angenommen, so beträgt Krankengeld und Unfallzuschuß zusammen 2 Mk. Zahl in diesem Falle die Kasse bereits 2 Mk. an Krankengeld, so fällt der Unfallzuschuß weg. Bei Betriebskrankenkassen findet man manche derartige Einrichtungen sehr oft (bei absichtlich niedrig angesetzten ortsüblichen Lohnsätzen). Der Betriebsunternehmer spart dann doch den Unfallzuschuß. Den Unfallzuschuß muß nämlich der Betriebsunternehmer aus seiner Tasche bezahlen. Bei Besprechung des Krankenkassengesetzes werden wir diese Sache eingehend behandeln, zumal dabei die Frage der **ortsüblichen Lohnsätze** eine große Rolle spielt. Der Unfallzuschuß wird bis zur dreizehnten Woche gewährt.

Das Verhältnis zwischen Krankenkassen, Armenverbänden usw. zur U. V. werden wir ebenfalls bei Besprechung der Krankenversicherung würdigen. Auf diese einzugehen ist aber erst dann zweckmäßig, wenn über die neuen geplanten Gesetzesänderungen im Reichstages Beschluß gefaßt ist. Aus diesen Gründen werde ich auch auf die innere Einrichtung der Berufsgenossenschaften (als Träger der Unfallversicherung) nicht weiter eingehen, da ja vielleicht auch darin einige wesentliche Änderungen durch die Gesetzgebung erfolgen werden. Wir fordern ja das Mitbestimmungsrecht der Versicherten bei Rentenfestsetzung, Rentenänderung und -Entziehung; ob dabei allerdings den Wünschen der Versicherten entsprochen wird, das steht auf einem anderen Blatt. Wie sagt Wilhelm Busch? — »Menschenteils und überhaupt kommt es andersert wie man glaubt!« Aber einiges muß doch noch erwähnt werden.

Jeder Unfall ist innerhalb von **zwei Jahren** bei der zuständigen Berufsgenossenschaft zu melden, andernfalls jeder Anspruch auf Rente **verjährt** ist.

Bei Erteilung eines Bescheides ist innerhalb **eines Monats** nach Zustellung desselben die **Berufung** beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung einzulegen (falls man mit der Rente oder der Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes nicht zufrieden ist, oder der Anspruch überhaupt abgewiesen wurde). Vor Erteilung des **berufungsfähigen Bescheides** wird ein **Vorbescheid** erteilt, gegen diesen kann man **Einspruch** bei der Berufsgenossenschaft oder der auf dem Vorbescheide angegebenen unteren Verwaltungsbehörde erheben. Viel Zweck hat die Erhebung des Einspruches nicht. Der **berufungsfähige Bescheid**, der also nach dem Vorbescheid erteilt wird, gibt stets das Schiedsgericht an, bei welchem die Berufung in doppelter Ausfertigung zu erheben ist. Wird die Monatsfrist versäumt, dann ist jeder weitere Klageweg abgeschnitten. Gegen das Urteil des Schiedsgerichtes kann wiederum innerhalb einer Monatsfrist, nach schriftlicher Zustellung desselben, der **Rekurs** bei dem Reichs-Versicherungsamte erhoben werden. Den ganzen Klageweg, die Einreichung der Gerichtsinstanzen werde ich ebenfalls später einer eingehenden Betrachtung unterziehen, sind doch auch hierin (z. B. betr. des Rechtsweges bei der Krankenversicherung), einschneidende Änderungen geplant.

Anträge auf Erhöhung und Wiedergewährung von Rente oder auf **Übernahme** des Heilverfahrens können im Falle der eingetretenen **Verschlimmerung** der Unfallfolgen gestellt werden. In den ersten zwei Jahren nach Erteilung des ersten Bescheides oder der ersten rechtskräftigen Entscheidung ist dieser Antrag an keine Frist gebunden. Sind zwei Jahre nach den angegebenen Terminen verlossen, dann ist die Aenderung der Rente immer an eine Frist von einem Jahre gebunden, welche von der letzten Rentenfeststellung oder der letzten rechtskräftigen Entscheidung an berechnet wird. Die gleichen Fristen gelten für die Berufsgenossenschaften bei beabsichtigter Rentenänderung. Die Berufsgenossenschaften können in den ersten zwei Jahren die Rente beliebig oft herabsetzen, sind aber zwei Jahre (wie erwähnt: nach Erteilung des ersten Bescheides oder der ersten rechtskräftigen Entscheidung) verlossen, dann ist die Rentenänderung ebenfalls immer nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahre angängig. Sind fünf Jahre nach der ersten Feststellung verlossen, dann müssen Verletzte wie Berufsgenossenschaft etwaige Rentenänderungsanträge direkt an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung richten. Im Falle der Verschlimmerung der Unfallfolgen empfiehlt es sich, den Antrag auf Rentenerhöhung und Übernahme des Heilverfahrens **sofort** zu stellen, da der Antrag erst vom Tage des Eingangs bei der Berufsgenossenschaft an Wirkung erhält. Beweismittel über die behauptete Verschlimmerung der Unfallfolgen muß der Verletzte erbringen. (Arztliches Attest.)

Ein neues Heilverfahren kann die Berufsgenossenschaft jederzeit anordnen; in seinem Interesse hat sich der Verletzte dem zu fügen. Außer der Rente hat die Berufsgenossenschaft die nötigen Heilmittel wie auch Krücken, Stützapparate usw. zu liefern. Damit haben wir die wichtigsten Bestimmungen des G.-U.-V.-G. kennen gelernt, die weiteren umfangreichen Bestimmungen haben für den Laien weniger praktischen Wert. Auf Bestimmungen des landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes, wie auf Einzelheiten aus der Gesetzgebung überhaupt, werde ich später in besonderen Abhandlungen noch eingehen. Für dieses Jahr sei ein Abschluß in den Beherrungsartikeln, die zur Einführung in die Materie dienen sollten, hiermit gegeben. Beachten die Kollegen das Mitgeteilte, dann dürften sie sich im Falle der Unfallgefahr vor manchem Schaden bewahren. Die Besprechung der Kranken und Invaliden-Versicherungsgesetze werden wir, wie erwähnt, so lange hinausschieben, bis die Reformpläne der Reichsregierung greifbare Gestalt angenommen haben, bzw. bis die Gesetze durch Beschluß des Reichstages abgeändert sind. An Stoff für die Rundschau wird es trotzdem nicht mangeln.

Die herrschende Wirtschaftskrise, welche so unendlich viele Opfer erfordert, würde für eine Regierung, welche Ansprüche auf soziales Verständnis machen könnte, genügenden Anlaß geben, um die **staatliche Arbeitslosenunterstützung** zur Einführung zu empfehlen. Die Reform der Arbeiterversicherung würde guten Anlaß dazu bieten. In Preußen-Deutschland, im Lande der wunderbaren Zickzackpolitik und des persönlichen Regiments, kann derartige allerdings nicht erwartet werden. In den Parlamenten hat man kaum Worte des Mitleides für die Opfer der heutigen Wirtschaftspolitik, in Taten zeigt sich nur eine weitere ungeheure Belastung der arbeitenden Bevölkerung durch Steuervermehrung um einige Hundert Millionen Mark. Der Klassenstaat nimmt zum Zwecke seiner Politik, die im Interesse der besitzenden und herrschenden Klassen geübt wird, die nötigen Opfer der Arbeitenden und Armen. Das ist das »Recht« der Armen. Die Gewerkschaften aber leisten Millionen über Millionen, um die unschuldigen Opfer der heutigen Produktionsweise und Wirtschaftspolitik vor dem größten Elend zu bewahren. Darin zeigt sich die mächtige Kraft dieser Bewegung, darin zeigt sich vor allem aber deren hoher Kulturwert. Wenn in Zeiten der wirtschaftlichen Not alle Staatshilfe versagt, im Gegenteil weitere Unterdrückung des wirtschaftlich schwächeren Teiles der Bevölkerung einsetzt, wenn in derselben

Zeit eine unverantwortliche Regierungspolitik das Land und die Bevölkerung den größten Gefahren aussetzt, wenn in Verbindung damit die wirtschaftliche Kraft der Bevölkerung geschädigt wird durch Erschwerung der Absatzgebiete für Industrieprodukte, wenn in solchen Zeiten allgemeinen Verfalls unserer »göttlichen Weltordnung« die Arbeiterbewegung ihre große Kulturarbeit ungeschwächt fortsetzt und ungeahnte Aufgaben löst, dann darf mit Sicherheit gesagt werden: dieser Kraft, dieser kulturellen Bewegung der Arbeitenden wird die Zukunft gehören. Darum arbeiten wir mit Lust und Liebe weiter in und mit der großen Arbeiterarmee, wir bauen Stein auf Stein am Gebäude der Zukunft und sehen gestrotzt zu, wie es auf der anderen Seite bricht und splittert. Unser die Zukunft!

Die materialistische Geschichtsauffassung.

Von Fr. Marx.

Die gewöhnliche Auffassung der Geschichte geht dahin, daß alle Ereignisse in der Gesellschaft zurückzuführen sind auf das Eingreifen irgend einer übernatürlichen oder übermenschlichen Kraft. Diese Auffassung fand ihren klassischen Ausdruck in der Hegelschen »Philosophie der Geschichte«, deren Grundgedanke ist: Alle Geschehnisse in der Geschichte der Menschheit sind eine Offenbarung der »absoluten Idee« in ihrer steten Entwicklung. So haben die verschiedensten Völker die verschiedensten Ideen zu realisieren gehabt, z. B. die Römer die Idee des Rechts, die Griechen die Idee der Schönheit usw.

Die praktische Konsequenz dieser Auffassung war, daß einerseits alles »Spiel des blinden Zufalls« sei, andererseits aber ein Heroenkultus heranwucherte, der die Wahrheit und die Tatsache in ihr direktes Gegenteil verkehrte. Charakteristisch hierfür ist der preußische Geschichtsschreiber Ranke, von dem ja das geflügelte Wort stammt: »Männer machen die Geschichte«.

Als Erbin der deutschen klassischen Philosophie war es der deutschen Arbeiterbewegung vorbehalten, den revolutionären Grundgedanken des Idealismus, den Gedanken der Entwicklung, zu retten und ihn für die Wissenschaft dienstbar zu machen. Der Mann, der diese Waffe schmiedete und sie dem kämpfenden Proletariat in die Faust drückte, war Karl Marx, der größte Schüler Hegels. Marx wurde der Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung, und mit Hilfe dieser Methode wurde es ermöglicht, der Wahrheit männiglich in die Augen zu schauen.

Die materialistische Geschichtsauffassung oder der historische Materialismus ist kein System von starren Begriffen, die wie eine Schablone angewandt werden, sondern eine Methode, die uns zeigt, wie geschichtliche Vorgänge zu betrachten sind.

Er lehrt uns: Nicht überirdische Mächte, nicht absolute Ideen, sind die treibenden Motive in der Geschichte der Menschheit, sondern wie der einzelne Mensch erst alle seine leiblichen Bedürfnisse befriedigen muß, um irgend etwas anderes treiben zu können, so bilden auch in der Gesellschaft die Existenzmittel, die Lebensmittel, den Hauptfaktor. In ihrer Beschaffung und Vermehrung und ihrer fortwährenden Verfeinerung ist die gesellschaftliche Entwicklung bedingt.

»Die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse bildet die reale Basis«, in ihnen sind alle Fortschritte, soziale, kulturelle, moralische usw. begründet. Recht, Politik, Philosophie, Religion bilden gewissermaßen den Reflex der ökonomischen Verhältnisse. »Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.« (Karl Marx.)

»Die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen und politischen Veränderung sind zu suchen nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht, sondern in der Veränderung der Produktions- und Austauschweise.« (F. Engels.)

An der Wiege der Menschheit stand der Kommunismus, wenn auch in roher, urwüchsiger Form; als aber die damaligen Sippen oder Großfamilien sich spalteten, als an Stelle des Mutterrechtes das Vaterrecht trat, da war die Möglichkeit vorhanden, daß sich Gruppen mit ganz besonderen wirtschaftlichen Interessen entwickelten. Es entstanden Klassen, das heißt eine Anzahl Menschen mit gleichartigen Wirtschaftsinteressen.

Nun ist die Menschheit in zwei große Hauptklassen immer geteilt gewesen: in eine ökonomisch mächtige und eine ökonomisch schwache Klasse. Die ökonomisch mächtige Klasse hat die andere Klasse stets benutzt, um ihren Besitz zu vermehren, um sie auszubeuten. So haben Ausbeuter und Ausgebeutete immer die verschiedensten Interessen gehabt, eine gähnende Kluft hat sie fortwährend getrennt, die »Klassengegensätze«.

Wir sehen klar: Die Kämpfe in der Gesellschaft waren im weitesten Sinne des Wortes Kämpfe um materielle, wirtschaftliche Interessen. »Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.« (Kommunistisches Manifest.)

Aber die Klassenverhältnisse ändern sich, wenn andere Produktionsverhältnisse sich revolutionieren. Lassen wir Marx selbst reden: »Die Handmühle gibt die antike Gesellschaft mit Freien und Sklaven, die Wassermühle gibt die mittelalterliche Gesellschaft mit Feudalherren und Leibeigenen, die Dampfmaschine gibt die moderne Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten und Lohnproletariern.«

Die moderne Gesellschaft hat also die Klassengegensätze nicht beseitigt, sie hat sie nur vereinfacht, hat die gähnende Kluft ins Unermeßliche erweitert. Klarer denn je ergibt sich heute, daß die Menschheit in zwei Klassen geteilt ist, in die Klasse der Ausbeuter und in die Klasse der Ausgebeuteten. Auf der einen Seite hat sich in einer Handvoll Parasiten ein unermeßlicher Reichtum, der aus dem Blute und dem Schweiß der Arbeiter erpreßt ist, angesammelt, während auf der anderen Seite kaum so viel durch die unsäglich harte Sklavenarbeit erworben wird, um von der Hand in den Mund leben zu können. Doch in dieses trostlose Chaos fällt ein Sonnenstrahl. Die ökonomische Entwicklung bereitet nicht nur von Tag zu Tag die neue Organisation der Gesellschaft vor, sondern sie schafft auch in immer zunehmender Stärke die Massen, die dieser Gesellschaftsordnung den Todesstoß versetzen, die klassenbewußten Proletariats. »Mit dieser Gesellschaftsform schließt die Vorgeschichte der Menschheit ab.« (K. Marx.) »Eine neue Epoche der Entwicklung setzt ein, eine vollkommenere, bessere Produktionsweise, in der es keine Klassen mehr gibt, eine Produktion durch die Gesellschaft und für die Gesellschaft.«

Während Kirchen, Marmorgruppen Schiffe, Luftballons und Truppen Unser kosches Geld verschlingen.

Gilt's die Kosten zu bestreiten Für hochfürstliche Empfänge, Galatafeln, Festlichkeiten, Jagden und Quadrillereiten, Da ist Geld stets da in Menge.

Unsr schönen Kolonien Kosten haarige Millionen, Sind Soldaten und Kanonen Sind sie Zukunftsphantasen Ob sie all der Mühe lohnen?

Hier, der Mann im Arbeitskittel Flieht in Angst, in sorgenvoller, Vor dem Büttel in das Spittel. Er soll sparen, — sparen soll er, Denn das Reich hat keine Mittel Arbeitslose zu versorgen: Es muß selber gehn und borgen.

Aber fehlt's an neuen Steuern, O, da sind sie gleich bereit, Uns das Leben zu verteuern, Das ist unsre Sparsamkeit. Fangt erst selber an zu sparen, Und dann haltet uns für Narren!

Alfred Scholta.

Wie der Kapitalismus die Arbeiter schützt. Noch immer ist die Zahl derjenigen Arbeiter, besonders der Oberlithographen, Oberdrucker, Abteilungsvorsteher usw. sehr groß, die sich weit abdrücken von der Arbeiterschaft, weil sie etwas besser bezahlt werden wie die übrigen Lohnarbeiter und weil sie beim Unternehmer eine »Vertrauensstellung« einnehmen, die freilich nur darin besteht, den Antreiber ihrer Klassengenossen machen zu dürfen. Diese Arbeiterschaft glaubt durch Kriecherei vor dem Kapital sich eine »Lebensstellung« erringen zu können, obwohl sie täglich an zahllosen Beispielen sieht, daß der Kapitalist sich dieser Vertrauensleute genau so erbarmungslos entledigt, wie der übrige Arbeiter, wenn er ihrer überdrüssig ist, oder wenn sie ihm nicht mehr genügend nützen. So mancher Kollege, der sich in sicherer Stellung wähnte, hat dies erfahren müssen. Ein recht lehrreiches Beispiel sei hier angeführt: »Bei der Firma C. Rudolph & Co., Maschinenfabrik und Eisengießerei in Magdeburg-Neustadt, wurden am 10. Oktober dieses Jahres zwei Meister, ein Schlossermeister und ein Formermeister, beide nach 28-jähriger Tätigkeit, wegen vorgerückten Alters entlassen. Vor drei Jahren, bei dem 25-jährigen Dienstjubiläum, wurde den beiden der Dank der Firmenhhaber ausgesprochen für ihre Tüchtigkeit, für ihre Aufopferung und für ihr Bestreben, das Renommee der Firma im In- und Auslande zu heben. Wie zum Hohne hat man auf dem Abgangszeugnis den beiden Grauköpfen noch Glück auf ihrem ferneren Lebensweg gewünscht. Hört es, ihr Arbeiter, hört es alle, ob ihr den modernen Gewerkschaften, den Gewerkvereinen, den christlichen oder gar den gelben Gewerkschaften angehört: nach 28-jähriger Tätigkeit wünscht ein Unternehmer den wegen vorgerückten Alters Entlassenen Glück auf dem ferneren Lebensweg! Eine grausamere Satire auf die in der bürgerlichen Gesellschaft übliche Anschauung: »Wer arbeiten will, findet Arbeit«, gibt es nicht.«

Vermischtes.

Sparsamkeit. Unter dieser Spitzmarke brachte kürzlich die »Gewerkschaft« der Gemeindearbeiter folgendes zeitgemäße Gedichtchen:

»Sparen sollt ihr! — Ihr sollt sparen!«
So hat Bülow jüngst gesprochen,
Dabei knappern wir seit Jahren
Abgenagte Hungerknochen.

Trockne Binden, magre Suppen
Können wir zur Not erschwngen,

Stellengesuche

Auto-Aetzer,
gestützt auf gute Zeugnisse, sucht per sofort Stellung. Offerten bitte an G. Janssen, Berlin O., Eldenaerstraße 31. [1,05]

Tüchtiger, junger Strich-Aetzer
sucht per sofort Stellung. Offerten unter F. Boße, Wernigerode a. H., Pfarrstraße 11. [1,05]

Junger Reprod.-Photograph,
tüchtig im nassen Verfahren für Auto und Strich, sucht Stellung. Geff. Angebote unter A. G. Krom, Oranienstr. No. 105, Haarlem (Holland).

Wir suchen zum möglichst baldigen Antritt noch einige
tücht. Maschinen-Retuscheure,
denen wir bei entsprechenden Leistungen eine dauernde und angenehme Stellung sichern.
Böhme & Co., G. m. b. H., Magdeburg. [3,60]

Junger, tüchtiger Reprod.-Photograph
für Auto und Strich sucht sof. Stellung.
J. Donker, Rotterdam, Rembrandtstr. 65. [1,80]

Stellenangebote
Gesucht per sofort tüchtige
Positiv-Retuscheure.
Zeugnisse mit Angabe der Gehaltsansprüche erbeten [1,80]
Brunotte & Keese, Düsseldorf.

3 Messingstecher
suchen durch den Arbeitsnachweis Engelmann & Lampe, Hildesheim. [1,50]

Tüchtige, flotte Strich-Netzer
suchen sofort Knackstedt & Näher, Hamburg 20. [1,50]

Verschiedenes
Heliogravüren, Kunstblätter
in feinem Chromo, Aquarell- und Oeldrucke, sowie Malvorlagen empfiehlt Fritz Pungs, Frankfurt a. M., Bilderhandlung en gros. Cranachstr. 7. Illust. Katalog gegen Einsendung von 20 Pf. [1,20]

Prosp. gratis und franko, **Arbeitsmethode**
f. Photochrom u. Rezept f. 10. — Mk. Off. R. Barth, München, Liebigstr. 39.

Neu! Soeben erschienen! Neu!
»Die Techniken der Agraphie.«
Behandl. d. Alum.-Platt, beim Zeichn. u. Drucken. Nachschlagew. f. Graph., Rad., Lith. u. Dr. Pr. 1,25 fr. S. Malz, Berlin-Schöneberg, Apostel Paulusstr. 28.

Soeben erschienen: Jahrbuch f. d. lithog. Gewerbe
für 1909. **Neuester Jahrgang.**
Preis Mk. 1,25. Porto 20 Pf. extra.
C. Kluth, Karlsruhe i. B.

Technischer Ratgeber
für die Fabrikation von bedruckten Blechballagen und Paketen von H. Bucher, Billige Ausgabe Mk. 2.—, zu beziehen durch die Exp. d. Or. Presse.

Chiffre-Inserate
finden auch unter der Rubrik Stellengesuche im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.